

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 35. 31. Jahrg.

30. August 1918

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Dannich, Berlin N 24, Elsasserstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Ami Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Augustastr. 8-9

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Die deutschen graphischen Bruderverbände im Jahre 1917. Rundschau. Zum Kampf gegen den Mietwucher. Rechtsentscheidungen. Einen ersten Mahnruf . . . Häufung der Aufsichtsratsmandate. — **Allgemeines:** Gegen die Teuerung! Arbeitgeberkammern im graphischen Gewerbe. — **Feuilleton:** Die Abmagerung während der Kriegszeit. — **Anzeigen.**

Die deutschen graphischen Bruderverbände im Jahre 1917.

In Nr. 28 der »Graphischen Presse« haben wir einen Überblick über den Stand unseres Verbandes im Jahre 1917 gegeben. Es wird unsere Kollegen interessieren, auch mit den wichtigsten Angaben aus den Jahresberichten der anderen deutschen Verbände des graphischen Gewerbes bekannt zu werden. Wir lassen daher eine gedrängte Übersicht über die Entwicklung und Wirksamkeit der Verbände der Buchdrucker, Buchbinder, Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen der Notensteher und der Xylographen im Jahre 1917 folgen.

Der Verband der deutschen Buchdrucker hat durch die andauernden Einziehungen zum Kriegsdienst im Jahre 1917 weiter an Mitgliedern verloren. Wie sehr der Krieg das gewerbliche und organisatorische Leben beeinflusste, ist an folgenden Zahlen erkenntlich: Von den bei Kriegsausbruch vorhandenen 70452 Mitgliedern waren bis zum Ende des Berichtsjahres über 60 Proz. oder 58635 zum Heere einberufen, von denen 9761 wieder entlassen wurden. Der Mitgliederbestand betrug nach Abrechnung der Gestorbenen und Ausgetretenen am 31. Dezember 1917 nur noch 28848. Im Kriege gefallen, an Verwundungen und Krankheiten gestorben sind 6217. Die Zahl der Lehrlinge ging gegenüber dem Friedensstand um mehr als 2000 zurück. Auf die Teuerungszulagenbewegung brauchen wir an dieser Stelle nicht einzugehen, da wir darüber in Nr. 29 der »Graphischen Presse« eingehend berichtet haben.

Die Arbeitslosigkeit ist geringer geworden; immerhin erforderte die Arbeitslosenunterstützung noch 15129 Mk. Weit stärker als die Arbeitslosigkeit macht sich infolge der Entbehrungen die Krankheit bemerklich; für Krankenunterstützung mußten 480750 Mk. ausgezahlt werden. Die Zahl der Invaliden ist von 1105 auf 1093 zurückgegangen, die mit 464535 Mk. unterstützt wurden. Daraus ergibt sich, daß die Verhältnisse mehr Invaliden als sonst zur Aufnahme irgend einer Arbeit gezwungen haben und daß außerdem ihre Sterblichkeit beträchtlich zugenommen hat. Außer der Invalidenkasse des Verbandes besteht noch die Zentralinvalidenkasse in Liquidation, aus welcher 28 Invaliden mit 11075 Mk. unterstützt wurden. Diese Kasse verfügt noch über ein Vermögen von 319127 Mk.

Die Beitragseinnahmen des Verbandes beliefen sich im Jahre 1917 auf 1718578 Mk., die Eintrittsgelder 1517 Mk., die Zinsen und Sonstiges ergaben eine Einnahme von 476648 Mk. Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug im Jahre 1917 2196744 Mk. und die

Gesamtausgabe 1691235 Mk. Für alle Unterstützungen wurden 1111131 Mk. verausgabt, für Verwaltungskosten und Sonstiges 580102 Mk. Der Vermögensbestand stieg von 11706602 Mk. auf 12211111 Mk.

Die weiblichen Gehilfen, die während des Krieges eingestellt wurden, haben sich im allgemeinen nicht bewährt. Ende Januar waren 2654 Frauen mit Gehilfenarbeit beschäftigt. Ihre Zahl bewegt sich in absteigender Linie, was zum Teil auf die Papiernot zurückgeführt wird. Die Verteilung der weiblichen Gehilfen ist sehr ungleich. Während im Gau Erzgebirge-Vogtland in 26 Orten Setzerinnen beschäftigt werden, haben die Berliner Prinzipale sogar ihre Ausbildungsschule wieder eingehen lassen.

Der Deutsche Buchbinderverband kann mit den Ergebnissen des Jahres 1917 sowohl bezüglich der Entwicklung der Mitgliederzahl, als auch mit der finanziellen Lage zufrieden sein. Nachdem in den drei vorausgegangenen Jahren eine stete Abnahme der Mitgliederzahl festgestellt werden mußte, brachte das Jahr 1917 eine Zunahme von 3713 Mitgliedern, wodurch sich die Mitgliederzahl von 16552 auf 20265 steigerte. Die Zunahme entfällt hauptsächlich auf die weiblichen Mitglieder, deren Zahl sich um 3674 auf 14746 steigerte, während die Zahl der männlichen Mitglieder nur um 39 auf 5519, stieg.

Die Zunahme des Verbandsvermögens betrug im Berichtsjahr 124416 Mk. Das Gesamtvermögen der verschiedenen Kassen belief sich am Jahreschluß auf 1547715 Mk. An Unterstützungen wurden verausgabt: Für Arbeitslose 20880 Mk., für Kranke 55700 Mk., für 22 Invaliden 4162 Mk., für Umzugsunterstützung 1207 Mk., für Hinterbliebene in 163 Fällen 13804 Mk. Für Lohnbewegungen brauchten nur 13799 Mk. aufgewendet zu werden, davon nur 227 Mk. an Streikunterstützung. Für Rechtsschutz wurden 131 Mk., für Gemäßregelte 89 Mk., für Unterstützung in besonderen Notfällen 585 Mk., als Weihnachtsspende an Kriegsteilnehmer 27540 Mk. verausgabt. Alle Unterstützungen zusammen erforderten eine Ausgabe von 120168 Mk.

Der Stand des Arbeitsmarktes war ein günstiger, weshalb auch die Teuerungszulagen ohne ernste Kämpfe durchgesetzt werden konnten. Diese Zulagen belaufen sich auf insgesamt 174755 Mk. wöchentlich für 26101 Personen oder durchschnittlich 11,48 Mk. für männliche und 5,31 Mk. für weibliche Beteiligte. Die mit dem Verbands der Buchbindereibesitzer abgeschlossene Arbeitsgemeinschaft für Kriegsbeschädigtenfürsorge und zur Hebung des Berufes wurde auch auf den Bund der Buchbinderinnungen ausgedehnt. Eine Eingabe an den Reichskanzler zum Schutze des Vereins- und Versammlungsrechts machte sich wegen der eigentümlichen Handhabung der Gesetze durch die Militärbehörden in den östlichen Provinzen notwendig, unter denen auch der Buchbinderverband zu leiden hatte. Ein wichtiger Vorgang im Verbandsleben war die Erhöhung der Beiträge und der Unter-

stützungen. Die zur Urabstimmung gestellte Vorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen, denn 9906 Mitglieder stimmten dafür und nur 708 dagegen.

Tarifverträge bestanden am Schluß des Berichtsjahres 124 für 1602 Betriebe mit 24961 Beschäftigten gegenüber 126 Tarifen für 1762 Betriebe mit 22741 Beschäftigten von Ende 1916. Die Abnahme der tariflich gebundenen Betriebe um 160 bei gleichzeitiger Anwachs der Beschäftigten um 2220 darf wohl auf das Eingehen kleiner Betriebe zurückgeführt werden.

Im Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen ist mit dem 3. Quartal 1917 wieder eine Aufwärtsbewegung im Mitgliederbestande eingetreten. Am 1. Juli 1914 waren 15586 männliche und weibliche Hilfsarbeiter organisiert und am Schluß des ersten Vierteljahres 1917 nur 6200, das ist ein Verlust von 9386 Mitgliedern, von denen allerdings 5063 zum Heeresdienst eingezogen wurden. Die anderen verloren gegangenen Mitglieder werden in der Kriegsindustrie bessere Lohnverhältnisse gesuch und gefunden haben. Bei den weiblichen Mitgliedern ist vom 2. Quartal 1917 wieder eine Zunahme zu verzeichnen, bei den männlichen dagegen erst vom 4. Quartal 1917 ab. Am Beginn des Jahres waren 6534 Mitglieder vorhanden und am Jahreschluß 7702, darunter 5807 weibliche. Seit dem 1. Quartal ist also die Mitgliederzahl um 1502 gestiegen. Der Mitgliederstand von 7702 setzt sich aus 1895 männlichen und 5807 weiblichen Personen zusammen, Am 31. Dezember 1917 waren im Buchdruck beschäftigt 6524, im Steindruck 890 und in anderen Berufen 288. Die Agitation zeigt jetzt wieder bessere Erfolge, da mit den Teuerungszulagen, sowie in den Lohnverhältnissen, so unbefriedigend sie auch noch sind, doch eine Besserung eingetreten ist, weil eben unter dem starken Mangel an Arbeitskräften die Unternehmer Zugeständnisse machen mußten. — Die Arbeitslosigkeit ist gegen das Vorjahr weiter zurückgegangen, ist jedoch, nachdem sie im 3. Quartal ihren niedrigsten Stand erreichte, im 4. Quartal wieder etwas gestiegen. Es waren im Berichtsjahr 84 männliche Mitglieder 1062 Tage und 577 weibliche 8967 Tage, insgesamt also 661 Mitglieder 11029 Tage arbeitslos.

Die Krankenziffer hat sich infolge der schlechten Ernährungsverhältnisse außerordentlich erhöht. Im Jahre 1916 wurden 2966 Krankheitsfälle mit 21148 Mk. unterstützt, im Jahre 1917 dagegen 3653 Mitglieder mit 25964 Mk., es sind also mehr als die Hälfte der Mitglieder krank gewesen.

Der durchschnittliche Wochenbeitrag erfuhr eine Steigerung von 49,2 auf 50,4 Pfg. Die Jahreseinnahme betrug insgesamt 207374 Mk., darunter für Eintrittsgelder 1820 Mk., für ordentliche Beiträge 153940 Mk., und für Extrabeiträge 27160 Mk. Die Gesamtausgabe betrug im vergangenen Jahre 159249 Mk., darunter für Arbeitslosenunterstützung 3309 Mk., Krankenunterstützung 25964 Mk., Unterstützung

an die Kriegerfrauen 23 139 Mk., Streikunterstützung 89 Mk., Gemaßregeltenunterstützung 203 Mk. und Rechtsschutz 131 Mk. — Mit den Vorschüssen an die Zahlstellen hat sich das Verbandsvermögen von 187 625,49 Mk. auf 235 750,31 Mk. erhöht.

Zur Beratung über die Durchführung der Teuerungszulagen und der weiteren Regelung der Tariffrage für 1918 machte sich die Einberufung von drei Gauleiterkonferenzen notwendig. —

Der *Notenstecher-Gehilfen-Verband* (Sitz Leipzig) ist durch den Weltkrieg besonders stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Lage im Notenstechergewerbe ist geradezu trostlos. Eine große Zahl der Mitglieder mußte verkürzt arbeiten, so daß sich der Verband veranlaßt sah, um den Kollegen die Existenz zu ermöglichen, die Arbeitszeit auf 7 Stunden zu verkürzen. Trotz Teuerungszulagen erreichten die Gehilfen kaum den Lohn, den sie in Friedenszeiten erzielt hatten. Daß unter solchen dadurch hervorgerufenen elenden Ernährungsverhältnissen die Krankenziffer der Mitglieder beständig steigt und Gevatter Tod im vergangenen Jahre eine überaus reiche Ernte gehalten hat, ist erklärlich. — Der Mitgliederbestand ist von 216 am Beginn des Jahres bis zum Ende auf 177 zurückgegangen. Gestorben sind 10 und zum Kriegsdienst sind im vergangenen Jahre 47 eingezogen worden. Von den 177 Mitgliedern arbeiten 20 nicht im Beruf und 10 sind Invaliden. 14 Mitglieder sind in London und Petersburg interniert; im Kriegsdienst befinden sich 218 Mitglieder. — Eine vorgenommene statistische Erhebung ergab, daß der Durchschnittsverdienst im Jahre 1917 pro Mitglied 1863 Mk. und die erhaltene Teuerungszulage 284 Mk. betrug. — Die Gesamteinnahmen des Verbandes bezifferten sich im Jahre 1917 auf 12 713 Mk. und die Ausgaben 17 367 Mk., es ist somit eine Mehrausgabe von 4 655 Mk. zu verzeichnen, wodurch sich das Verbandsvermögen auf 69 744 Mk. verringert hat. An Unterstützungen wurden ausgezahlt: Für Kranke 3 126 Mk., für Arbeitslose 536 Mk., für Invaliden 4 230 Mk., für Witwenunterstützung und Sterbegelder 5 660 Mk., für Waisenunterstützung 190 Mk., für Umzugskosten 60 Mk., Reiseunterstützung 60 Mk. und für Liebesgaben 375 Mk. Durch diese Unterstützungsleistungen hat dieser kleine Verband bei seinen Mitgliedern viel Not und Sorge gemildert.

Der *deutsche Xylographen-Verband* hat jedoch durch die Wirkungen des Krieges am allermeisten zu leiden gehabt. Schon in Friedenszeiten war es nicht leicht, den Verband aufrecht zu erhalten, durch den Krieg ist dieses jedenfalls unmöglich geworden. Die Beitragszahlung hat ganz aufgehört, auch die Rechte der Mitglieder ruhen. Das Erscheinen der Verbandszeitung mußte seit Ausbruch des Krieges eingestellt werden, wodurch der Zusammenhalt der Mitglieder ein immer loserer wurde. Durch die zahlreichen Einberufungen gibt es in den einzelnen Filialen des Reiches nur noch ganz vereinzelt Mitglieder. Und dies sind meist ältere Kollegen, die zum großen Teil im Beruf nicht mehr tätig sind. Als Holzschneider sind im ganzen Reich nur in Berlin noch ein kleiner Teil in den Modeverlagen beschäftigt. Schon in den letzten Friedensjahren mußten viele Mitglieder den erlernten Beruf aufgeben und es erscheint möglich, daß nach dem Kriege der Holzschnitt durch die anderen graphischen Reproduktionsverfahren ganz verdrängt sein wird. Während der Verband am 1. Juni 1909 noch über 500 Mitglieder muster konnte, waren es bei Ausbruch des Krieges 1914 nur noch 412 und am 1. Januar 1918 betrug der Mitgliederbestand noch 97. Der Nachwuchs hat ganz aufgehört, schon vor dem Kriege wurden Lehrlinge nicht mehr ausgebildet. Der Verbandsvorstand vertritt in einem Rundschreiben an die Mitglieder die Auffassung, daß der Verband seinen alten Mitgliederbestand nicht mehr annähernd erreichen wird und daher

in seiner früheren Tätigkeit als Organisation sich nicht mehr aufreht erhalten läßt. Er will deshalb den Mitgliedern den Vorschlag unterbreiten, sich als Organisation aufzulösen und das Vermögen der Allgemeinen Krankenzuschuß- und Begräbniskasse Stuttgart zu überweisen. Nach Beendigung des Krieges müßte alsbald eine Konferenz einberufen werden, die hierüber entscheiden soll. pl.

Rundschau.

Teuerungsbewegung der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter. Seit dem Bekanntwerden der vom Tarifausschuß der deutschen Buch- und Stein-drucker gefaßten Beschlüsse über die den Gehilfen zugebilligten neuen Teuerungszulagen hat die zu denselben Zwecke eingeleitete Bewegung des Hilfsarbeiter-Verbandes greifbare Formen angenommen. So beridhtet das Verbandsorgan »Die Solidarität« über eingeleitete Bewegungen in Berlin Kassel, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Nürnberg-Fürth, Regensburg, Stuttgart etc., wo nach mehr oder minder schwierigen Auseinandersetzungen Teuerungszulagen bewilligt wurden. Die abgeschlossenen Vereinbarungen weichen nur wenig voneinander ab, so daß wir daher nur die in Berlin abgeschlossenen bekanntgeben wollen. Hier werden zu den bisherigen folgende Teuerungszulagen gezahlt: an verheiratete männliche Hilfsarbeiter ab 1. August 9 Mk., ab 1. Dezember 4 Mk., zusammen 13 Mk., an ledige männliche Hilfsarbeiter ab 1. August 8 Mk., ab 1. Dezember 3 Mk., zusammen 11 Mk., an weibliche Hilfsarbeiter ohne Unterschied ab 1. August 6,50 Mk., ab 1. Dezember 2,50 Mk., zusammen 9 Mk. Diese Teuerungszulage wird jedem Hilfsarbeiter gezahlt, ohne Rücksicht auf die Dauer der Tätigkeit im Betriebe. Lohnzulagen oder Teuerungszulagen, die nach dem Einführungs-termin für die letzte Teuerungszulage (November 1917) unter Vorbehalt der späteren Verrechnung den Hilfsarbeitern zugestanden worden sind, dürfen bei Zahlung der neuen Teuerungszulage anteilig zur Verrechnung kommen; ebenso solche Lohn- oder Teuerungszulagen, die nach dem 15. Mai ohne Vorbehalt den Hilfsarbeitern bewilligt worden sind. Zu den Überstundenzuschlägen von 40, 50, 75 Proz. usw. wird ab 1. August ein Aufschlag von 10 Pfg. pro Stunde gezahlt.

Über Entschädigung von Extranächten gelten für das ständige Personal in den betreffenden Betrieben diejenigen Bestimmungen, die in den Hausverträgen oder durch mündliches Abkommen zwischen Firma und Hilfsarbeitern festgelegt sind. Für das nur für Extranächte eingestellte unständige Hilfspersonal wird für Leistung solcher Extranächte die vor dem 1. August 1914 gezahlte Entschädigung plus 50 Proz. Aufschlag gezahlt.

In München sind Teuerungszulagen für das gesamte graphische Gewerbe vereinbart worden. Wie bei den Buchdruckern beträgt die Zulage auch für Lithographen und Stein-drucker, sowie Buchbinder, vom 1. August ab pro Woche 10 Mk. und vom 1. Dezember 1918 ab nochmals 5 Mk. Die Zulagen der Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen sind gestaffelt, ähnlich wie die in Berlin festgesetzten. In Hamburg besteht ein gemeinschaftliches Tarifverhältnis für das Buch- und Stein-druckergewerbe, infolgedessen auch für beide Berufe Teuerungszulagen beschlossen wurden, ähnlich wie in München. Da die Teuerungszulagenbewegung in ganz Deutschland eingeleitet ist, stehen weitere örtliche Abschlüsse bevor.

Der freie Sonnabendnachmittag hat in dem laufenden Kriegsjahr weitere Fortschritte gemacht. In der Hauptsache sind es Frauen, die auf seine Freigabe dringen, weil sie gerade diese Stunden zur Erledigung ihrer liegengelassenen häuslichen Arbeiten dringend brauchen. Vielfach ist die wöchentliche Arbeitszeit um soviel Stunden dabei verkürzt worden, als am Sonnabendnachmittag ausfallen. Während aber die Unternehmerorganisation in der sächsischen Industrie die Freigabe dieser Stunden ablehnten, ist im Duisburger Industriebezirk der dahin gehende Antrag der Arbeiter durch den Schlichtungsausschuß für zwei Firmen wie folgt geregelt worden: »Der Firma Heckmann (Kupferwalzwerk) wird aufgegeben, am 3. August d. J. die verkürzte Arbeitszeit probeweise auf sechs Wochen einzuführen. Sämtliche erwachsenen Arbeiter erhalten 12 Pfg. für die Stunde, die weiblichen Arbeiter und jugendlichen männlichen Arbeiter unter 18 Jahren 6 Pfg. für die Stunde Lohnzulage als Ausgleich für den durch die Herabsetzung der Arbeitszeit bedingten Lohnausfall. Sollten sich in dieser Zeit die an die verkürzte Arbeitszeit geknüpften Erwartungen nicht erfüllen, so ist beiden Teilen freigegeben, den Schlichtungsausschuß erneut anzurufen.« Bei der Deutschen Maschinenfabrik tritt ebenfalls am 3. August die gleiche Verkürzung der Arbeitszeit in Kraft, und zwar auf vier Wochen. Eine entsprechende Erhöhung der Löhne tritt auch hier, mit Ausnahme der Akkordarbeiter, ein. Bei Nichtbewährung soll zu weiterer Entscheidung auch hier der Schlichtungsausschuß angerufen werden können.

14 209 Neuaufnahmen brachte das 2. Vierteljahr 1918 dem Bergarbeiterverband. Im ersten Halbjahr d. Js. nahm der Verband 28 831 neue

Mitglieder auf. Ein schönes Resultat der eifrigen Agitationsarbeit.

Im Zeichen der Lebensmittelknappheit. Wir brachten unter dieser Überschrift in Nr. 29 vom 19. Juli dieses Jahres einen kleinen kritischen Aufsatz über die Fürsirdj Pless'schen Ländereien, in der große Teile, die früher landwirtschaftlich ausgenutzt wurden, in der Kriegszeit brach liegen, oder nur für Pferdeweiden benutzt werden. Riesige Grasflächen und Parkanlagen befinden sich darauf. — Das Oberkommando in den Marken macht uns nun darauf aufmerksam, daß diese Darstellung heute den Tatsachen nicht mehr entspricht. Die Angelegenheit sei auch bereits vor 1 1/2 Jahren in der Öffentlichkeit und im Reichstage besprochen worden. Auf Grund der daraufhin gepflogenen Verhandlungen, habe die fürstliche Verwaltung *wesentliche Teile* der Grasfläche, die sich zu anderer Nutzung eignen, ungebraucht und mit Hack- und Getreidefrüchten bestellt. Wir hatten unsere Schilderung der Tagespresse entnommen, die vielleicht über den Begriff: »wesentliche Teile« anderer Meinung war als das Oberkommando. Immerhin dürfen wir unsere Genugtuung darüber aussprechen, daß durch jene Verhandlungen kundgetan ist: in dieser schweren Zeit hat sich alles dem Interesse der Allgemeinheit unterzuordnen, auch der Privatbesitz an Grund und Boden.

Über die Wiederverwendung von Kriegsbeschädigten heißt es in einem Schreiben des preussischen Kriegsministeriums an den fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Müller-Meinigen vom 29. Juli u. a.: »Der Einberufung eines Rentenempfängers zum Heeresdienst und seiner Verwendung nach Maßgabe der Kriegsbrauchbarkeit steht nichts im Wege. Nur auf die Einberufung der mindestens 50 Prozent erwerbsbeschränkt anerkannten Kriegsbeschädigten kann verzichtet werden. Falls durch die neue Dienstleistung eine Verschlimmerung des bisherigen Versorgungsleidens eintritt, so bleibt es dem Rentenempfänger unbenommen, vor oder bei seiner Entlassung Versorgungsansprüche bei seinem Ersatztruppenteile geltend zu machen. Die Versorgungsgebühren würden dann gegebenenfalls gemäß § 30 des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 anders festgesetzt werden.«

Ein Zeichen der Zeit. Die Papiermacher-Berufsgenossenschaft sieht sich veranlaßt eine Bekanntmachung zu erlassen, die folgendermaßen beginnt: »Im Hinblick auf die durch den Krieg zum Teil verursachte *Unterernährung der Versicherten*, die Unfälle beim Verladen und der Beförderung von schweren Papierballen, Kisten usw. wesentlich begünstigt, bitten wir unsere Mitglieder, ihre Erzeugnisse soweit möglich in Pakungen von nicht über 150 kg. Gewicht zu versenden.« — Also Unterernährung, konstataren die in der Berufsgenossenschaft tätigen Unternehmer, im übrigen aber können die Unternehmer sich nicht genug tun über die hohen Löhne der Arbeiter zu reden.

Staatliche Bewirtschaftung oder freier Handel? Der bekannte treifliche Wiener Korrespondent der »Frankfurter Zeitung«, Hugo Ganz, gibt in einem Feuilleton eine anschauliche Schilderung von den Zuständen, wie sie sich in Osterreich durch das Nichteingreifen des Staates in die Ernährungsverhältnisse entwickelt haben. Sie sind eine Steigerung der Geldentwertung, welche die mangelhafte Festigkeit des Eingreifens der Regierung auch in Deutschland zugelassen hat, ins Ungeheure. Nach Ganz kann man sich mit 400 Kronen monatlicher Einnahme heute in Wien nicht einmal an trockenem Brot satt essen, da das Kilo Brot im Schleichhandel 24 bis 30 Kronen kostet. »Dabei nehmen Preissteigerung und Geldentwertung noch immer kein Ende. Kaufen Sie, kaufen Sie, sagen wohlmeinende Geschäftsleute dem ob irgendeiner Preisforderung entsetzten Kunden, die nächste Woche kostet es wieder um 30 Proz. mehr. Es ist ganz gleichgültig, ob es sich dabei um Zwirn oder Zwiebel, um Zündhölzer oder Zigaretten handelt. Eine solche Anarchie ist natürlich nur denkbar bei vollkommenem Versagen der Obrigkeiten und Amter. Nun kommt von der österreichischen Staatsidee der gemühtlichen Schlampererei, die sonst das Leben hier so viel behaglicher macht als im strammgeordneten Deutschland, die Kehrseite zum Vorschein. Die Gemühtlichkeit ist verdammt ungemühtlich geworden. . . . Da hilft nur eins: nach der Ernte, die unbarmherzig erfaßt und eingeteilt werden muß, in jeder Stadt ein paar Dutzend Schleichhändler aufgreifen und aufhängen, aber auch ebenso jeden Beamten, der sich beim Erfassen der Vorräte bescheiden oder beschwindeln läßt. Wenn erst Brot und Kartoffeln wieder ihren normalen Preis haben, muß alles andere folgen.«

Die Deutsche Schiller-Stiftung hat ihren 58. Jahresbericht von 1917 veröffentlicht. Danach wurden an deutsche Schriftsteller für lebenslängliche und vorübergehende Pensionen, sowie einmalige Bewilligungen insgesamt 73 392 Mk. (gegen 83 808 Mk. im Vorjahre) ausgezahlt.

Zum Kampf gegen den Mietwucher.

Das »Korrespondenzblatt« der Generalkommission schreibt: »In den letzten Monaten macht sich eine besondere Spezies von Hauswirten ein Vergnügen daraus, sämtliche ablaufenden Mietverträge zu kündigen. Die Herren wissen nämlich: heute ist es für den gewöhnlichen Sterblichen geradezu unmöglich umzuziehen. Von dem Kampf um eine Wohnung soll erst gar nicht gesprochen werden. Denken wir an die Schwierigkeiten beim Umzug, die wahn sinnigen Preise der Möbelführen, die kaum zu beschaffenden Einrichtungsgegenstände im neuen Heim, die Not mit den Lebensmitteln in der unbekanntem Gegend usw. Alle diese Schikane wissen die Hauswirte zu schätzen und für sich auszunutzen. Ist der Vertrag gekündigt, dann kommt der Mieter von selbst, hält um gut Wetter an, bietet etwas mehr, und der neue Wohnungsscheidhandel ist im besten Gange. Hat der gekündigte Mieter Kinder oder ist er sonst lästig, drückt man ihm den Daumen aufs Auge und die Knie auf die Brust.«

Diese Zustände hätten manche Generalkommandos veranlaßt, anzuordnen, daß Kündigungen nur im Einverständnis mit dem Mieter und mit dem Mieteinigungsamt erfolgen dürften. Das Korrespondenzblatt fordert, daß diese Bestimmung auf ganz Deutschland ausgedehnt werde und zugleich das Mieteinigungsamt Anweisung erhalte, die Zustimmung nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen zu gewähren. Sachverständigenausschüsse zur Beurteilung eines angemessenen Mietpreises und Mieterschutzkommissionen müßten dazu helfen, dem Mietwucher entgegenzuarbeiten. Gegenwärtig seien besonders Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen gewissenlosen Hauswirten schutzlos preisgegeben. Hier eröffne sich für unsere Rechtsschutzeinrichtungen ein neues weites Feld der sozialen Fürsorge.

Rechtsentscheidungen.

Die Krankenkassen müssen die Milch bezahlen. Wie die »Nordd. Allgemeine Zeitung« mitteilt, hat das Reichsversicherungsamt entschieden, daß Milch, die nur gegen ärztliches Zeugnis abgegeben wird, als Heilmittel anzusehen sei und demnach die Krankenkassen die Kosten dieses Heilmittels und auch die Kosten der ärztlichen Atteste zu tragen hätten. Die Entscheidung ist im Interesse der Minderbemittelten zu begrüßen, aber es ist notwendig, daß die Versicherten in weitestem Umfang über diese Entscheidung unterrichtet werden, damit sie wenigstens in Zukunft zu ihrem Rechte kommen. Übrigens können sie natürlich auch die Kosten der Atteste, die sie bisher selbst bestritten haben, nachträglich von den Kassen einfordern.

Zusicherungen »für die Dauer des Krieges.« Außerordentlich häufig ist es namentlich zu Beginn des Krieges vorgekommen, daß irgendwelche Versprechungen oder Vereinbarungen getroffen wurden, »bis der Krieg zu Ende ist«. Da gewährte der Hauswirt einen Mietnachlaß; da versprach der Arbeitgeber, den Lohn ganz oder teilweise an die Familie des Einberufenen weiterzuzahlen; da wurde irgendwelche bestimmte (verminderte oder erweiterte) Lieferung von Waren vereinbart, eine Stellung zur Aushilfe angenommen usw. Nicht selten bereut aber der Zusichernde sein Versprechen, und er stellt nachher die Vergünstigung wieder ein. Wie ist nun die Rechtslage in solchen Fällen? Das Reichsgericht hat hierüber in den letzten Tagen (Aktenzeichen II. 437) eine wichtige Entscheidung getroffen. Ein Gutsbesitzer hatte sich ausdrücklich schriftlich verpflichtet, der Frau oder Familie seines Inspektors das Gehalt »während der Kriegsdauer« weiterzuzahlen, später aber dem Inspektor gekündigt und die Gehaltszahlung eingestellt. Das Reichsgericht hielt die Handlungsweise des Gutsbesitzers für zulässig. Begründend führt es aus, beide Parteien hätten ein baldiges Ende des Krieges angenommen und mit einer langen Kriegsdauer nicht gerechnet. Es müßte ermittelt werden, was die Parteien vereinbart haben würden, wenn sie die lange Kriegsdauer in Betracht gezogen hätten. Auf eine so lange unbestimmte Zeit würde sich der Dienstherr nicht gebunden, sondern sich Kündigung nach angemessener Zeit vorbehalten haben. Diese Zeit müsse nun als abgelaufen betrachtet werden. — Das Reichsgericht stellt also hier die »Erforschung des Vertragswillens« über den Wortlaut des Vertrags. Das kann im praktischen Leben zu recht bedenkliehen Folgen führen. Jedenfalls ist diese Auffassung für die Empfänger von Vergünstigungen (in der Regel Angehörige der minderbemittelten Klassen) recht nachteilig. I. K.

Einen ersten Mahnruf

erhebt die »Dresdener Volkszeitung«, indem sie zur energischen Bekämpfung der Lungenschwindsucht auffordert.

Eine neue, ernste Gefahr macht sich mit der Länge des Krieges immer mehr bemerkbar: ein Umsichgreifen der Tuberkulose, die zumeist die Atmungsorgane, besonders aber die Lungen, angreift, zerstört und dadurch zumeist nach längerer

oder kürzerer Zeit zum Tode führt. Die unheimliche Krankheit ist uns gewiß seit länger als Jahrzehnten nur zu bekannt geworden und hat besonders in der ärmeren Bevölkerung zahlreiche Opfer gefordert. In den letzten Jahren vor dem Kriege war aber ein erfreulicher Rückgang sowohl der Erkrankungen wie der Todesfälle wahrzunehmen. Durch die Bemühungen und die Kämpfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter war es gelungen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in vielen Berufen zu erreichen, damit gleichzeitig eine bessere Ernährung zu erzielen und so den Körper widerstandsfähiger zu machen. Die Verkürzung der Arbeitszeit wie die Verbesserung der sanitären Verhältnisse in den Arbeitsräumen übten einen gesundheitlich günstigen Einfluß aus; gleichzeitig trugen die sanitären Maßnahmen und die Lungenheilstätten dazu bei, die Sterblichkeit zu verringern und im ersten Stadium befindliche Lungenkranke zu heilen.

In diesen sanitären und sozialen Aufbau zur Bekämpfung der Tuberkulose hat der Krieg störend eingegriffen. Beim Hasten in der Kriegsindustrie werden vielfach die gesundheitlichen Maßnahmen außer acht gelassen, vor allem aber setzt die unzureichende Ernährung die Widerstandskraft des Körpers gegen gesundheitsschädliche Einflüsse herab, so daß die Ansteckungsgefahr doppelt groß wird. Dazu kommen die aus dem Felde zurückkehrenden Tuberkulosen, die vielfach in der Familie verbleiben und hier die Krankheit übertragen.

Es ist unbedingt erforderlich, dieser Gefährdung unser Volksgesundheit volle Aufmerksamkeit zuzuwenden — mehr als es seither geschehen ist. Da die Ernährungsnot nicht ohne weiteres beseitigt werden können, ist vor allem erforderlich, die Weiterverbreitung der Krankheit zu verhüten und den bereits Erkrankten besondere Nährmittel zur Verfügung zu stellen. Vor allem müssen Tuberkuloseberatungsstellen eingerichtet und diese zum Mittelpunkt der Maßnahme zur Bekämpfung dieser Volksseuche gemacht werden. Dabei kann man natürlich die bereits vorhandenen Einrichtungen der Gemeinden oder von Vereinen mit benützen und sie so ausbauen, wie es die vergrößerte Gefahr erfordert. Jedenfalls aber erscheint Eile geboten, wenn nicht die Verlustliste der Tuberkuloseverheerung schon in der nächsten Zeit unter den Einwirkungen des Krieges rapid anschwellen soll.

Häufung der Aufsichtsratsmandate.

In den Erörterungen über den Zusammenschluß der Industrie wird zumeist an die trustartige Entwicklung durch Fusionen oder an die Verbindung durch Kartelle gedacht. Weit über diese Formen des Zusammenschlusses hinaus erfolgt der Konzentrationsprozeß noch auf mancherlei anderem Wege. Ein brauchbarer Gradmesser für den Umfang dieser Entwicklung ist die Häufung der Aufsichtsratsmandate. An der Hand des neuen Adreßbuches der Direktoren und Aufsichtsräte stellt die »Handelszeitung des Berliner Tageblatts« fest, daß auch im Jahre 1917 die Tendenz zur Häufung der Aufsichtsratsmandate weiter fortgeschritten ist. An der Spitze der Aufsichtsratsmitglieder steht immer noch Geheim-Kommerzienrat Dr. Louis Hagen in Köln, der jetzt 57 Aufsichtsratsposten gegen 56 im Vorjahre innehat. Karl Fürstenberg, der Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, ist noch in 54 gegen 55 Aufsichtsräten vertreten. Ein dritter Stelle steht der Geschäftsinhaber der Discontogesellschaft Dr. Georg Solmsen mit 52 gegen 48 Aufsichtsratsmandaten. Dann folgt Dr. v. Schwabach, der Mitinhaber des Bankhauses S. Bleichröder, dessen Mandate von 42 auf 48 gestiegen sind. Hugo Sinnes in Mülheim a. R. bekleidet jetzt 45 gegen 40 Aufsichtsratsposten und Freiherr von Oppenheim, Inhaber des Bankhauses Sal. Oppenheim jun. & Co. hat 43 gegen 40 Aufsichtsratsstellungen inne. Der Präsident der A. E. G., Walter Rathenau, hat 40 gegen 39 Aufsichtsratsposten zu versehen. Bei dem Direktor der Deutschen Bank, Oskar Schlitter, hat sich die Anzahl der Mandate von 33 auf 38 erhöht, während sie bei Kommerzienrat Peter Klöckner in Duisburg von 32 auf 30 zurückgegangen ist. Die gleiche Zahl der Aufsichtsratsstellungen, nämlich 30, bekleidet der Direktor der Commerz- und Discontobank, Kurt Sobornheim. Ziemlich erheblich angewachsen ist die Zahl der Mandate bei Dr. Hjalmar Schacht, dem Direktor der Nationalbank von 23 auf 38 bei Generalkonsul Eugen Landau von 22 auf 28 und bei dem Geheimen Kommerzienrat Georg Arnhold in Dresden von 21 auf 28.

Hier kommt es leicht auf die Untersuchung an, ob und wieviel die Aufsichtsratsriesen in Frage sind, in den ihrer Aufsichtsfähigkeit unterstellten Gesellschaften eine wirkliche Kontrolle auszuüben, sondern lediglich auf die Feststellung, daß zahlreiche Aktienbetriebe, die nach außen hin ihre volle Selbständigkeit wahrhaben, doch durch wirksame Verbindungen mit anderen Unternehmungen zusammenhängen, ohne daß dazu eine besondere Organisation erforderlich wird. J. Kaliski.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Gegen die Teuerung!

Über unsere Verbandsarbeit gegen die Teuerung gibt auch der folgende Bericht aus Dresden ein gutes Bild, weshalb wir ihn an dieser Stelle den Kollegen zur Kenntnis bringen.

Dresden. 1. Bericht über Überstundenfrage. 2. Lohnverhältnisse und Stellungnahme dazu. Mit dieser Tagesordnung beschäftigte sich die am 20. August abgehaltene sehr stark besuchte Versammlung der Lithographen und Steindruckere. Der Bevollmächtigte berichtete zunächst über das Ergebnis der Überstundenbewegung. Wie überall, so berechnete auch hier eine Anzahl Betriebe den Lohn und den Zuschlag für die Überstunden nur nach dem, was als fester Lohn galt, ließ aber bei der Berechnung die Teuerungszulagen außer Anschlag. Die Unversammlung beschloß einstimmig, nach einer Rundfrage die Unterlegung des gesamten Wochenverdienstes bei der Lohnberechnung für Überstunden zu fordern. Es ergab sich, daß die Forderung an 12 Betriebe gestellt werden mußte. In neun Betrieben wurde die Forderung innerhalb drei Wochen anerkannt und durchgeführt. In zwei Betrieben mußte die Verweigerung der Überstunden angekündigt werden, worauf auch da die Forderung durchgesetzt wurde. Es bleibt nur noch eine kleine Firma übrig, die ebenfalls zur Bewilligung genötigt werden wird. Die Bewegung hat sonach mit einem vollen Erfolg abgeschlossen. — Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Darauf referiert der Vorsitzende über die Ergebnisse der neuen Lohnstatistik. Die Statistik umfaßt die Lohnverhältnisse der Dresdner und der unter gleichen Produktionsverhältnissen stehenden Vorortfirmen. Vier Betriebe mit ca. 25 Kollegen konnten noch nicht rechtzeitig von der Statistik erfaßt werden. Das Resultat beeinflussen sie nicht. Bei der Durchschnittslohnberechnung sind Akkordlithographen, Ausgelernte und halbe Kräfte absichtlich weggelassen, um den Durchschnittslohn so zutreffend wie nur möglich zu kristallisieren. Es sind ohne diese Ausgeschiedenen 210 Kollegen von der Statistik erfaßt und zwar: 112 Um- und Andrucker, 98 Maschinenmeister und 42 Lithographen. Der Durchschnittslohn der Um- und Andrucker beträgt 55,80 Mk., der der Maschinenmeister 59,70 Mk., der Gesamtdurchschnitt für beide 57,60 Mk. Der Durchschnittslohn der Lithographen kommt auf 51,10 Mk. zu stehen. Die große Mehrzahl der Löhne steht zwischen 55 und 65 Mk., ein kleiner Teil darüber, aber 70 Kollegen haben noch Löhne unter 55 Mk. Die Lohnspannung steht noch immer zwischen 41 und 75 Mk., was den Durchschnittslohn stark herabdrückt. Besonders muß festgestellt werden, daß die Firma N. & O. zwei Umdruckern noch Löhne von 44 Mk. einschließlich einer Teuerungszulage zahlt. Das müßte in der Zeit einer so drückenden Teuerung für eine Unmöglichkeit angesehen werden und niemand kann verstehen, was sich der Arbeitgeber bei solchen Löhnen denkt. Besonders niedrig sind auch die Löhne der Lithographen bei St. & Co., das schlechte Organisationsverhältnis kommt bei deren Löhnen besonders zum Ausdruck. In letzter Zeit ist wieder eine Reihe guter Erfolge zu verzeichnen, aber die Statistik zeigt, daß für einen großen Teil der Kollegen die Löhne weiterhin beträchtlich erhöht werden müssen. Bei dem großen Bedarf an Gehilfen stehen die Wege hierzu offen. Die Nutzenwendung aus der Statistik haben die Kollegen in der richtigen Weise zu ziehen. — In der Debatte wird für entschiedenes Vorgehen zur Beseitigung der großen Lohnunterschiede und zur weiteren Verbesserung der niedrigen und mittleren Löhne aufgefodert. Folgende Entscheidung fand einstimmige Annahme:

Die heutige Versammlung ersieht aus der vorgelegten, die Lohnverhältnisse der Dresdner Lithographen und Steindruckere getreu wieder-spiegelnden Statistik, daß die meisten Löhne gegenüber dem Teuerungszustand noch viel zu niedrig sind. Wenn auch ein Lohn von 65 Mk. bei dem gegenwärtigen Stande der Teuerung die drückende Sorgenlast der Gehilfenschaft nicht voll beseitigt, sondern noch immer den Verhältnissen gegenüber viel zu niedrig ist, so begnügt sich trotz alledem die versammelte Gehilfenschaft mit dem Beschluß, daß alles daran gesetzt werden muß, die niedrigen Löhne auf mindestens 65 Mk. heraufzubringen. Wenn auch im Steindruckergewerbe nicht der Maßstab der Lohninkommen angesetzt werden kann, wie sie vielfach mit Hilfe der Kriegsmilliarden gezahlt werden, so haben aber neben anderen Tatsachen die verwandten Industrien gezeigt, daß es den Arbeitgebern möglich ist, ihre Preis- und Lieferungsbedingungen so einzurichten, daß den Gehilfen das Recht auf einen Mindestlohn von 65 Mk. nicht abgesprochen werden kann. Die Versammlung erklärt, daß im Sinne dieser Entscheidung energisch zu wirken ist.

Arbeitgeberkammern für das graphische Gewerbe.

Durch Verordnung des Handelsministers vom 17. Juni 1918 sind in Österreich drei Wirtschaftsverbände der graphischen Druckindustrien und Gewerbe geschaffen worden, und zwar: einer für die Zeitungsdruckereien, einer für die Buchdruckereien und einer für die Stein-, Licht- und Kupferdruckereien. Hat ein Betrieb nur in einem Teil eine Art dieser Produktion, so gehört er mit diesem Teil dem entsprechenden Wirtschaftsverbande an. Über die Verbandszugehörigkeit entscheidet in Zweifelsfällen der Handelsminister. Die Aufgaben der Verbände sind in der Hauptsache auf die Regelung der gewerblichen Tätigkeit während der Kriegszeit gerichtet. Sie sollen der Regierung die Übersicht über den Bedarf der Industrien an Rohstoffen, über den Umfang der Produktion, den Absatz u. dergl. mehr herbeischaffen helfen, die Verteilung der vorhandenen Rohstoffe mit übernehmen, sowie in allen handelspolitischen Fragen beratend helfen. Von besonderer Wichtigkeit sind die Bestimmungen über die Regelung der Preis- und Verkaufsbedingungen, deren Einhaltung nach den erfolgten Verbandsbeschlüssen den Mitgliedern zur gesetzlichen Pflicht gemacht ist. Zur Durchführung dieser Beschlüsse kann die Überwachung der Betriebe durch amtliche Organe ausgeübt werden, auch können Ordnungsstrafen erlassen werden.

Es liegt auf der Hand, welche außerordentliche Macht mit dieser Verfügung den Verbänden in die Hand gegeben ist. Es ist eine Zwangsorganisation, die zwar aus den Kriegsverhältnissen geschaffen, aber doch in der einseitigsten Weise nur zu Gunsten der Unternehmerinteressen wirken muß. Verstärkt wird diese Wirkung noch durch die Bestimmung, daß die Vertreter zur Verbandsversammlung, deren Zahl auf sechzig bemessen ist, von den Verbandsangehörigen nicht auf Grund ihrer Zahl, sondern auf Grund der Zahl ihrer Schnellpressen gewählt werden. Das gibt den wenigen Großbetrieben ein kolossales Übergewicht, macht die kleineren Betriebe geradezu wehrlos. Die spätere Konzentration der Betriebe wird durch solche Zwangsorganisation zweifellos mächtig gefördert.

Was aber am meisten auffallen muß, ist die fabelhafte Schnelligkeit, mit der hier — man bedenke es ist in Österreich — Organisationsgebilde geschaffen werden, die, ohne Beachtung und Zuziehung des an Zahl größten Teils des Gewerbes der Gehilfen, nur die Wünsche und Interessen der Unternehmer berücksichtigen. Demgegenüber halte man die zaghafte Erledigung der Arbeitskammervorlage durch die Regierung in Deutschland und man wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß diese Zaghaftheit in erster Linie daraus zu erklären ist, daß die dabei in Frage kommenden Forderungen der Arbeiter den Unternehmern unangenehm sind.

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt auch unser österreichisches Bruderorgan, die »Neue

Graphische Nachrichten: »Diese Zwangsverbände, denen während des Krieges und des Überganges der Kriegs- in die Friedenswirtschaft ziemlich große Aufgaben zugewiesen wurden, werden voraussichtlich als freiwillige Verbände auch in Zukunft bestehen bleiben. Die Tätigkeit dieser Zwangsverbände wird eine genaue Aufmerksamkeit der Arbeiter, respektive ihrer gewerkschaftlichen Organisation erfordern und dieselben müssen schon beizeiten trachten, damit das Gegengewicht erhalten bleibt. Die Arbeiterschaft muß von der Regierung energisch die Errichtung von Arbeitgeberkammern verlangen, damit auch für die Arbeiter eine entsprechende Stelle zur Vertretung ihrer Interessen geschaffen wird. In den Wirkungskreis der Zwangsverbände unserer Unternehmer fällt auch zum Teile das Wohl und Weh der Arbeiterschaft.

Der § 3 (Zweck der Verbände) berührt in den einzelnen Punkten ganz bedeutende Fragen, die einseitig nicht gelöst werden können, ohne schwere wirtschaftliche Kämpfe heraufzubeschwören.

Wir setzen von unseren Prinzipalen so viel sozialpolitisches Verständnis voraus, daß sie sich nicht in schroffem Gegensatz zu ihrer Arbeiterschaft stellen, sondern in allen Fragen eine Verständigung suchen werden im Interesse beider Teile.

Feuilleton.

Die Abmagerung in der Kriegszeit.

Daß über die Ursachen der Abmagerung in der Kriegszeit die Meinungen auseinandergehen, beweist folgende Abhandlung in der »Bäckerzeitung«, die, entgegen der häufigeren Ansicht, daß der gegenwärtige große Fettmangel die Grundursache der allgemeinen Abmagerung sei, unserm Kriegsbrote die Schuld gibt:

Man ist in den Kreisen der Ärzte noch verschiedener Meinung über die Ursachen der Abmagerung in der Kriegszeit. Manche schieben die Schuld daran hauptsächlich der starken Verminderung des Fleischn- und Fettverbrauchs zu; dieser Annahme steht aber entgegen, daß es in Friedenszeiten viele recht wohlgenährte Vegetarier gab, die Fleisch überhaupt nicht und tierisches Fett nur in relativ kleiner Menge genossen. Auch ist wiederholt erwiesen worden, daß in der Ernährung Fett durch Kohlehydrat ersetzt werden kann. Zu bemerken ist ferner, daß es unter den Chinesen, die eine sehr fettarme Kost haben, viele wohlgenährte Leute gibt. Unwahrscheinlich ist es, daß psychische Einflüsse als Hauptanlaß der Abmagerung gelten können, obwohl nicht daran zu zweifeln ist, daß sie an deren Verursachung vielfach mitwirken. Nun ist es auffallend, daß die Abmagerung weiter Bevölkerungskreise um so mehr fortschritt, je stärker das Getreide ausgemahlen und je schlechter damit das Brot wurde. Das immer schlechter ge-

wordene Kriegsbrod veranlaßt häufig Darmbeschwerden. Das kommt daher, daß die Holzfasern der Getreideschale, die nun dem Mehle beigemischt wird, vom menschlichen Darmkanal nicht verdaut werden kann. Die Schälenteile durchwandern bei kräftigem, gesundem, nicht empfindlichem Darne, namentlich jüngerer Leute, den Verdauungskanal, ohne ihm zu schaden; dagegen entsteht bei alten und schwächlichen sowie bei einzelnen sehr empfindlichen jüngeren Menschen durch die häufige Reizung von seiten der feinen Holzteilchen eine stärkere Reizung der Schleimhaut des Darmes. Denn die mechanische Reizung der Holzsplitter, in Verbindung mit der Zellulosegerüstung führt zu Blutüberfüllung und Ödem der Darmschleimhaut. Die Folgen sind Schmerz im Darne, Darmkoliken, Gasbildung, Auftreibung des Darmes, vermehrter Stuhldrang, häufigere Stuhlentleerung von zuweilen fester, zuweilen aber auch weicher oder flüssiger Beschaffenheit, manchmal mit schleimiger oder sogar blutiger Beimischung, also die Symptome eines Darmkatarrhs. Durch die beschleunigte Bewegung der Därme und durch die anderen Folgeerscheinungen des Darmkatarrhs wird die Aufsaugung eines Teiles des Inhalts des Speisebreies verhindert. Es ist ja ein alter Erfahrungssatz, daß langandauernde, wenn auch leichte Darmkatarrhe das Körpergewicht und nicht selten den Kräftezustand vermindern. Also ist es nicht auffallend, daß die durch die Kornschalen hervorgerufenen Reizzustände des Darmes ebenfalls die Abmagerung verstärken. Daß diese Folgeerscheinung bei älteren Leuten häufiger auftritt, ist ganz natürlich; denn die Verdauungsverhältnisse sind bei älteren Leuten an und für sich weit ungünstigere als bei jungen; bei ersteren findet sich eine mit den Jahren zunehmende Atrophie der Schleimhaut und der Muskelschicht des Darmes, schlechtere Funktion des gesamten Drüsenapparates, der die Verdauungsbewerkstelligen hilft, ferner eine Rückbildung der zelligen Bestandteile der Lymphfollikel im Darm. Die Folge ist, daß die Aufsaugung im Darne bei älteren Leuten an und für sich schlechter ist. Bei der Landbevölkerung war die Gewichtsabnahme in den letzten Jahren bedeutend geringer als bei der städtischen; denn der größere Teil der ersteren verzehrt mehr Nahrungsmittel; außerdem pflegen viele von ihnen ein Brot zu backen, das weniger stark ausgemahlen ist, also auch weniger Holzfasernstoff enthält, als die Vorschrift lautet. Deshalb wäre zu empfehlen, außer dem gewöhnlichen Kriegsbrod für gesunde und widerstandsfähige Leute und außer dem eigentlichen Krankenbrod Brot aus weniger stark ausgemahlenem Getreide für ältere und schwächliche Personen zu erzeugen. Auch bei Soldaten nehmen jedesmal bei starker Verhinderung des Brotes Darmkrankheiten in bedrohlicher Weise zu.

Wenn der zehnte Teil des Fiends, das geföhnt wird, gesehen würde, so müßte uns dieser Anblick mit Grausen durchdringen.

Ein Weiser verlangt alles nur von sich, ein Dummer alles von anderen. *Edward Young, Chinesischer Spruch.*

Stellenangebote

Inserate

sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

Farbätzer

für sofort oder später gesucht. I. G. Huch & Co., G.m.b.H. Braunschweig.

Wir suchen sofort tüchtigen in Emulsion erfahrenen Auto-Photographen. Angebote mit Angabe der Militärverhältnisse und Gehaltsansprüche an

Brendamour, Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel

Gesucht tüchtiger Strich- und Autoätzer, sowie Retuscheur.

Karl Brunotte, Düsseldorf, Cölnerstr. 59.

Wir suchen zur Vergrößerung des Personals:

- Farbätzer
 - 1 Photographen für Farben und Schwarz,
 - 1 Andruker für Farben und Schwarz,
 - 1 Nachschneider.
- Zerress & Co., Graphische Kunstanstalt, Nürnberg.

Chemigraphen

für alle Sparten in dauernde Stellung gesucht. A. Krämer, Kunstanstalt für Klischeefabrikation, Stuttgart, Landhausstr. 68.

Wir suchen

- 1 Autotypie-Ätzer,
- 1 Strich-Ätzer,
- 1 Kopierer.

Die Posten sind dauernd und werden Angebote erbeten an Gustav Dreher, Würtbg. graph. Kunstanstalt, Stuttgart, Innenhofstr. 23.

Suche sofort mehrere

Formstecher

gute Arbeiter, für dauernde Beschäftigung. A. Vörckel, Bad Schmiedeberg, Bezirk Halle.

Verschiedenes

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule Barmen

Der praktische Umdruker

von Bernhard Enders. Inkl. Porto 85 Pfg. Conrad Müller, Schkeuditz.

Der 1. Band unserer Verbandsgeschichte Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe

von Hermann Müller

ist erschienen und bei den Mitgliedschaftsvorständen zu haben. Preis für Verbandsmitglieder 5 Mk., für andere Gewerkschaftsmitglieder durch den Verband bezogen 10 Mk., im Buchhandel 15 Mk.

Neu! „Fett-Extrakt“ Neu!

Unentbehrlich zum Verdrucken der jetzigen fettarmen Firnisse und Farben, dieselben drucken durch einen Fett-Extrakt-Zusatz wie früher Friedensware. Merkantil-Zeichenplatten, Raster, Kreide, usw. erhält bis zur höchsten Auflage den feinsten Punkt und Strich, auch bei weichen kalkfleckigen Steinen. Übertrefft in jeder Beziehung Stearin-Öl, welches doppelt so teuer. Fett-Extrakt hat hellbraune Farbe.

Kg. Mk. 8,50 gegen Nachnahme.

Nachbestellungen liefern ein: L. & Co. Hannover 50 Kg.; W. & N. Leipzig 5 Kg.; G. W. Cassel 5 Kg.; G. & D. Leipzig 5 Kg.; G. L. Fürth 5 Kg.; A. F. Breslau 5 Kg.; K. & S. Niedersiedlitz 5 Kg.; W. & S. Stuttgart 3 Kg.; F. A. Berlin 2 Kg.; S. & N. Dresden 2 Kg. u. s. w.

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

Schnuhr's flüssiges Steingummi

bietet vollen Ersatz für echtes Gummi-arabicum, nicht als Klebstoff, sondern zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten, Anwendung und Wirkung ohne Unterschied gegenüber Naturgummi.

Dieser auf wissenschaftlicher Grundlage hergestellte Gummiersatz konserviert die Steine, selbst wenn sie längere Zeit in feuchten Steinkellern lagern und macht das wiederholte Ätzen der Originalsteine überflüssig. Das Steingummi wird in vielen Druckereien, auch bei Staats- und Militärbehörden verwendet, überall gut beurteilt und regelmäßig nachbestellt. Die Ware ist ausprobiert gut, wofür Zeugnisse zu Diensten stehen.

Preis pro Kilo Mk. 7,50 H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49. Fabrikation chemisch-technischer Druckpräparate.

Schnuhr's „Troverm“

den Farben zugesetzt, verhindert das zu schnelle Trocknen derselben auf den Walzen und dadurch Spitzwerden der Umdrucke infolge Anwendung des zu schnell trocknenden Ersatz-Firnisses. Das Präparat ist praktisch ausprobiert, wirkt gut, läßt die Farben gleichmäßig einschlagen und verdrückt sich geschmeidig wie mit Leinöl gemischte Farben. »Troverm ist zart weiß le Zeugnisse zu Diensten. Mark 12,50 pro Kilo

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49 Fabrik chemisch-technischer Druckpräparate.